

II-7025 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

Wien, am 18.8.1992  
GZ: 10.101/292-X/A/5a/92

3144 IAB

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

1992 -08- 20  
zu 3198 IJ

Parlament  
1017 Wien

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3198/J betreffend Diskriminierung österreichischer Unternehmen, welche der Abgeordnete Mag. Peter am 26. Juni 1992 an mich richtete, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Welche Schritte hat Österreich bisher gesetzt, um die Auswirkungen der oben beschriebenen Diskriminierung zu vermindern?

Antwort:

Die im Zusammenhang mit den sogenannten Europa-Abkommen der EG entstehende Gefahr der Benachteiligung für die heimische Wirtschaft wurde von österreichischer Seite frühzeitig erkannt.

Ich habe daher folgende Maßnahmen gesetzt bzw. veranlaßt:

- Direktkontakt mit EG-Vizepräsident Andriessen mit dem Ziel, möglichst rasch Verhandlungen zwischen Österreich (gemeinsam mit den übrigen EFTA-Ländern, die von den in Rede stehenden Problemen ebenfalls betroffen sind) und der EG aufzunehmen;

Republik Österreich

  
Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 2 -

- Direktkontakt mit dem deutschen Wirtschaftsminister Möllemann mit dem Ziel, er möge das österreichische Anliegen bei der EG unterstützen;
- Interventionen auf Beamtenebene in den Hauptstädten aller EG-Mitgliedstaaten, um Befürworter für das österreichische Anliegen zu gewinnen;
- Auf meine Initiative wurde bei der EFTA-Ministertagung im Mai ein Memorandum an EG-Vizepräsident Andriessen übergeben. In diesem Memorandum wird auf die für die EFTA-Länder entstandenen Probleme nochmals eindringlich hingewiesen und auf die sofortige Aufnahme von Verhandlungen gedrängt.

Die erste Gesprächsrunde hat nunmehr - nicht zuletzt aufgrund des beharrlichen Drängens von österreichischer Seite - stattgefunden. Als erstes Ergebnis dieser Gespräche arbeiten nun die EFTA-Länder konkrete Vorschläge zur technischen Lösung der gegenständlichen Problematik aus.

**Punkt 2 der Anfrage:**

Warum haben diese Maßnahmen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt?

**Antwort:**

Da die Gespräche über diese Maßnahmen mit der EG-Kommission noch im laufen sind und Ergebnisse noch ausstehen, kann keine Wertung über den Ausgang der Gespräche abgegeben werden.

**Punkt 3 der Anfrage:**

Wieviele österreichische Unternehmen und wieviele Arbeitsplätze in diesem Unternehmen sind Ihrer Ansicht nach davon betroffen und als Folge dieser Diskriminierung kurz- und mittelfristig gefährdet?

Republik Österreich

  
Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 3 -

**Antwort:**

Nach mir vorliegenden Informationen sind weite Bereiche der Nicht-eisen-Metallindustrie (z.B. Betriebe, die sich mit Recycling von Schrotten beschäftigen wie Kabelverwerter bzw. Schmelzbetriebe), die Gießereiindustrie, die Bauindustrie (z.B. Baustoffe), die Zementindustrie und die Beton- und -fertigteilindustrie, die Glasindustrie, die Holzindustrie (z.B. bei EUR-Paletten und Faserplatten), die Stahlindustrie, die technische Weiterverarbeitungsindustrie (die Bereiche Unterhaltungselektronik, Fahrzeugbau und Kfz-Zulieferungen) und die Textil- und die Bekleidungsindustrie besonders betroffen.

Da die Kooperationen der einzelnen Industriebranchen bzw. der einzelnen Industrieunternehmungen mit den genannten Staaten unterschiedlich sind und da diese Kooperationen sich teilweise erst im Anfangsstadium befinden, andererseits eine Auswirkung dieser Europaverträge noch keine ziffernmäßige Abschätzung erlaubt, liegt mir auch noch keine Quantifizierung hinsichtlich der Anzahl der betroffenen Unternehmungen bzw. der gefährdeten Arbeitsplätze vor. Lediglich in Teilbereichen sind Zahlen bekanntgeworden, wie z.B. im Bereich der Bekleidungsindustrie, in welcher rund ein Drittel aller Arbeitsplätze (derzeit ca. 23.360) gefährdet sind; in der heimischen Textilindustrie werden ca. 10.000 Arbeitsplätze als gefährdet angesehen.

**Punkt 4 der Anfrage:**

Welche unterstützenden Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefährdung werden Sie immer innerösterreichisch ergreifen?

**Antwort:**

Nach wie vor bin ich bemüht, Wettbewerbsnachteile im Außenhandelsbereich zu beseitigen. Im innerösterreichischen Bereich sind in-

Republik Österreich

  
Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 4 -

tensive interministerielle Gespräche mit dem Ziel, Lösungen für die angesprochenen Probleme zu erarbeiten, im Gange.

**Punkt 5 der Anfrage:**

**Welche weiteren Schritte gegenüber der EG werden Sie setzen, um eine rasche Beendigung der Diskriminierung österreichischer Unternehmen herbeizuführen?**

**Antwort:**

Da realistischerweise davon ausgegangen werden muß, daß die nun aufgenommenen Verhandlungen zur Einführung der sogenannten "pan-europäischen Kumulierung" sich äußerst schwierig gestalten, werde ich den positiven Fortgang dieser Verhandlungen durch weitere Interventionen auf politischer Ebene zu unterstützen trachten.

**Punkt 6 der Anfrage:**

**Welche Schritte werden Sie österreichischerseits unternehmen, um die unbefriedigende Zwischenphase des EWR-Beitritts bis zum Vollbeitritt zur Europäischen Union zu verkürzen?**

**Antwort:**

Die ab 1.1.1993 vorgesehene Teilnahme Österreichs am Europäischen Wirtschaftsraum wird seitens der österreichischen Bundesregierung nur als Vorstufe für einen EG-Beitritt angesehen. Ein EG-Beitritt ist daher nach wie vor prioritäres Ziel der Europapolitik Österreichs.

Österreichischerseits wurde sowohl vor dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates von Maastricht vom Dezember 1991 als auch vor der Tagung des Europäischen Rates in Lissabon im Juni 1992 ein Aide Memoire an die EG-Mitgliedstaaten überreicht, in dem es

Republik Österreich

  
Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 5 -

erneut sein Interesse an der frühestmöglichen Verwirklichung seiner EG-Mitgliedschaft betonte.

Obwohl kein konkreter Termin hinsichtlich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen festgesetzt wurde, könnten die Verhandlungen unmittelbar dann beginnen, sobald die Mitgliedstaaten den Vertrag von Maastricht ratifiziert haben und die Verhandlungen über die EG-Finanzmittel abgeschlossen haben.

Aufgrund dieser Ergebnisse von Lissabon kann mit der Erteilung eines Mandates für Beitrittsverhandlungen mit Österreich bereits beim nächsten EG-Gipfel Mitte Dezember 1992 unter britischem EG-Vorsitz und unmittelbar danach mit der Aufnahme von Verhandlungen gerechnet werden.

